

Mitbestimmung in Eisenheim

Mitbestimmung in Eisenheim. In: Der Architekt. 9/1981. S. 404/406.

Als die Stadt und der Sanierungsträger am Eingang der Arbeitersiedlung in Oberhausen ihr großes Bauschild aufstellten "Hier saniert die . . . usw. mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen", kletterten Heinzelmännchen hinauf und fügten in sorgfältiger Schablونسchrift - wie von Offiziellen veranlaßt - hinzu: "erreicht durch Arbeiter-Initiative und Mitbestimmung der Bewohner". Tatsächlich wird in Eisenheim die bislang weitestgehende Mitbestimmung in einem Sanierungsgebiet der Bundesrepublik Deutschland praktiziert. Wie sieht sie aus ?

Geschichte. 1844 bis 1901 in fünf Bauphasen errichtet. Für Arbeiter der Eisenhütte und für Bergarbeiter. Um in den Wirtschaftskonjunkturen Arbeiter anwerben zu können, mußte die Gutehoffnungshütte bessere Wohnungen bieten als spekulative Mietskasernen: mit solidem Baustandard, vier Räumen (statt zweien), eigenem Eingang, Garten, Nachbarschaft. Eisenheim ist eine Art Arbeiterdorf.

Daten. Rund 500 Einwohner. Rund 150 Familien. Rund 150 Wohnungen. Meist 1 1/2geschossige Vierfamilienhäuser im Kreuzgrundrißtyp mit Maisonette-Wohnungen. Wohnungsgrößen: meist 65 und 55 m, einige mit 40 m.

Zur Zerstörungsstrategie:

- 1928 lobte der sozialistische Architekt, Stadtplaner und Architektur-Theoretiker, Bruno Taut, Eisenheim als ein Beispiel für gesundes Wohnen.
- Die Firma stellte bis 1958 die Siedlung als "Muster-Siedlung" dar.
- Bis zur Kohlenkrise 1958 wurde sie gut instandgehalten.
- 1958 kam Eisenheim auf die Abrißliste. Grund: auf dem Gelände wollte die Eigentümerin, die Thyssen Hütte AG, mehr und teurere Wohnungen bauen - d. h. Hochhäuser.
- Eine "Ausfaltungsstrategie" begann, um sie zu ruinieren: Einweisung von Problemfamilien und Gastarbeitern, die 1978 40 % der Bevölkerung darstellten; unterlassene Instandhaltung, keine Modernisierung.

Zur Rettungsstrategie:

- 18 Jahre, d. h. rund eine Generation lang, lebten die Bewohner unter dem Damokles-Schwert des Abrisses.
- Eine Unterschriftenaktion hatte keine Wirkung.
- 1972 entstand im Rahmen der Arbeiten von zwei Dozenten und 20 Studenten einer Bielefelder Hochschule nach der Vorführung ihres Filmes "Rettet Eisenheim" die erste Bürgerinitiative von Arbeitern in der Bundesrepublik Deutschland.
- Der Autor dieses Artikels ist seit dieser Zeit ihr Berater. 1974 zog er mit seiner Familie in die Siedlung.
- Ein Netz von Arbeiter-Initiativen entstand, die sich gegenseitig als "Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Initiativen" halfen. Zugleich. Ein Netz von Beratern.
- Viele Aktionen: Versammlungen, Demonstrationen, Info-Stände. Presse(rund 600mal, davon rund 200mal überregional), Rundfunk, Fernsehen (rund 60mal), Happenings, Plakate, Briefe, Proteste als Widerstandskultur.

Zum Erfolg:

- Nach 5 1/2jährigem Kampf beschloß das Stadtparlament die Sanierung.
- Der Innenminister (Bauressort) bewilligte die Mittel.

- Sanierungsziele: Kanalisierung, Toiletten in die Häuser, Duschen oder Bäder, Modernisierungen, teilweise mit Neubaustandard.
- Modernisierungskosten 1978 ca. DM 25 000,- bis DM 30 000,- Pro Wohneinheit, 1980 ca. DM 40 000,-.

Kulturpreis:

Für eine Fülle von soziokulturellen Aktionen erhielt Eisenheim 1978 den Kulturpreis der kulturpolitischen Gesellschaft.

Prinzipien der Sanierung:

- Alle Häuser wurden erhalten. Hier gab es für die Initiative prinzipiell nicht das geringste Zugeständnis an Eigentümer und Stadt.
- Die Miete stieg von DM 1,- auf nur DM 2,80. Das war das beste Kampfergebnis einer Initiative im Revier. Zum Vergleich: an anderen Stellen auf zuerst DM 3,50, dann DM 4,00, zur Zeit DM 4,50 bis DM 5,-.
- So wenig wie möglich sollte an den Grundrissen verändert werden. Weil bewährte Grundriss Sozialformen für das Verhalten der Bewohner sind.
- Einige Wohnungen wurden zusammengelegt, um größere zu erhalten.
- Individuelle Behandlung aller Bewohner.
- Mitbestimmung.

Mitbestimmung als Eroberung.

Von vornherein wurde die Verteidigung als Offensive organisiert:

- Nach einer wissenschaftlichen Analyse der individuellen und sozialen Lebensqualitäten Eisenheims schlug die Initiative die Ergebnisse den Hochhausplanern um die Ohren. Ein Nebenprodukt der Kampagne: Seit 1976 fördert das Land keine Bauten über vier Geschosse mehr mit Sozialmitteln.

- Entwicklung der eigenen Kultur. Robert Jungk in einer "Zukunftswerkstatt" in Eisenheim: "Je mehr Positives ihr habt, desto schwieriger wird es für die anderen, es zu zerstören."

Motto der Bewohner: "Nichts geht ohne uns!" Was immer in ihrem Wohnbereich von außen gemacht wurde, mußte mit den Bewohnern abgesprochen werden. Dahinter stand ein politisches Konzept: nicht mehr paternalistisches Versorgen von Erwachsenen, die wie Kinder behandelt werden, sondern Entwicklung der Bewohner zu selbstbewußten, mündigen Menschen und Umformung von Eigentümern und Behörden zu vernünftiger und sozialer Dienstleistung!

Die eigene Tätigkeit durchzusetzen, war eine Eroberung: sie nahm den "Herrschaften" einen Bereich des okkupierten Territoriums ab. Scherzhaft sprechen manche Leute von einer "freien Republik Eisenheim". Die Durchsetzung dieser Mitbestimmung gelang nur durch radikale Kampfformen. Ich betone "radikal". Es gibt eine gewaltfreie "Radikalität". Sie besteht darin, Standpunkte und Aktionen mit großer Intensität zu vertreten und nicht gängigen Taktier-, Vereinnahmungs- und Auskugelungs-Mechanismen zu opfern - bis sie unkenntlich sind.

Die Vollversammlung (Quartierrat)

Die erste Form der Selbstorganisation war die Vollversammlung aller Bewohner, Quartierrat genannt. Sie fand alle vier Wochen statt.

1974 wurde ein Waschhaus besetzt und zum Volkshaus für diese Versammlungen umgebaut. Die Initiative erhielt wenig später von der Wohnungsverwaltung der Ruhrkohle AG einen Gratis-Mietvertrag und finanziert seither lediglich die Unkosten der Gebäude (Steuer, Versicherung, Betriebsausgaben, Wasser, Licht sowie eigene Reparaturen). In den Vollversammlungen wurden stets alle wichtigen Alternativen und anstehenden Entscheidungen mit den Bewohnern diskutiert. Je nach Problemdruck waren zwischen 60 und 30 Personen versammelt. Bei sehr wichtigen Versammlungen gelang es, alles zu mobilisieren, was gerade noch laufen konnte: bis zu 300 Personen. Eine breitangelegte Untersuchung der Bonner Politikwissenschaftler Wilfried Nelles und Reinhardt Oppermann, finanziert vom Bundeswissenschafts-Ministerium, stellte fest, daß die Bevölkerung in Eisenheim sich im Vergleich zu Sanierungsgebieten in der Wuppertal-Elberfelder Nord-Stadt und zum Kölner Severinsviertel mit weitem Abstand teilnahmeintensiver, aktiver und politisch bewußter verhielt.

Die Große technische Kommission.

Als Instrument für das gemeinsame Aushandeln aller wichtigen Sanierungsfragen entwickelten und setzten die Eisenheimer den Vorschlag durch, eine "Große technische Kommission" einzusetzen.

Teilnehmer: Bewohner, Berater, Sozialarchitekten nach Eisenheimer Wahl, Stadtverwaltung (Amt für Sanierung), Dezernent), Parlaments-Mitglieder, Eigentümer (August Thyssen Hütte AG, Liegenschafts-Direktor), Sanierungsträger (Tochterunternehmen "Thyssen bauen und wohnen", Vorstandssprecher und Vorstandsmitglieder, Prokurist, Bauleiter), Wohnungsverwaltung der Ruhrkohle AG.

Als Prinzipien der Kommission setzten die Eisenheimer durch: keine Abstimmungen, kein Delegiertenprinzip, jede notwendige Art des sozialen und technischen Sachverständes mußte im Raum anwesend sein; es wurde stets so lange verhandelt, bis man sich einigte; zunächst wurden immer die Punkte verhandelt, die rasche Einigkeit versprachen. Bei Einspruch wurde nicht am selben Tag entschieden (Prinzip der zweiten Lesung). Alle wichtigen Vorschläge wurden vor der Einigung der Eisenheimer Vollversammlung zur Diskussion vorgelegt.

Diese Verfahrensweise stieß zunächst auf Mißtrauen und Fragen nach Legitimierung und Protokoll, erwies sich jedoch sofort als durhschlagend und erfolgreich. Und: als zeitsparend.

Nach einer Sitzung kamen nur noch die Leute, die am Problem interessiert waren, d. h. der Kreis reduzierte sich. Es erwies sich, daß die Politiker des Stadtparlamentes nicht fähig und willens waren, an der Sache zu arbeiten - und wegblieben.

Wichtige Einstellungen im Verfahren.

Dieses Verfahren garantiert für sich so wenig Erfolg wie jedes andere Verfahren. Es kommt darauf an, wie es gehandhabt wird.

Im Team muß jemand ständig auf soziale und rationale Begründungen für alles Gesagte und Vorgeschlagene dringen. Dieser Anspruch muß unerbittlich - mit bohrenden Fragen und Nachfragen - durchgesetzt werden. Es muß ständig auf Differenzierung gedrängt werden, damit niemand sich hinter Schlagworten, Unwissenheit, Lernunwilligkeit, Abwehrmechanismen verstecken kann.

Man muß stets nach Alternativen suchen, die es möglich machen, daß in einem synthetischen (nicht faulen) Kompromiß sich alle Partner mit ihren Interessen möglichst weitgehend wiederfinden.

Man darf sich seine Entschlossenheit, öffentlichen Druck auszuüben, wenn man es für nötig hält, niemals abkaufen lassen. Auch nicht nach Teilerfolgen. Und ebensowenig gegen Hoffnungen und Versprechen. Eine Einigung in einer Frage darf nicht zum Leisetreten oder zur Korruption in einer zweiten Frage führen.

Wesentlichen Anteil am Erfolg der Kommission hatte die Tatsache, daß auf beiden Seiten stets wenigstens eine Person in ihrer Gruppe auf diese Form des rationalen Aushandelns hinwirkte.

Bei "Thyssen bauen und wohnen" war dies eine Zeit lang ihr Vorstandssprecher Heinz Rehberg. Mit dem (später aus Altersgründen ausscheidenden Vorstandsmitglied) Hermann Runge kam ein Gespräch auf dieser Ebene niemals zustande. Hier herrschte in der Kommunikation das Hackverfahren des Hühnerhofes, d. h. der Druck ohne Rationalität. Der wichtigste und sachkundigste Gesprächspartner war der Prokurist Udo Pegels, der später Nachfolger des technischen Vorstands Hermann Runge wurde. Pegels war in der Lage, die Vorschläge der Gegenseite zu verstehen und aufzugreifen, sofern sie seinem Unternehmen nicht schaden. Und: Er war auch selbst fähig, Vorschläge zu entwickeln, die beiden Seiten nutzen. Dadurch wurden Verhandlungs-Spielräume erarbeitet, in harter Detailarbeit, die beiden Seiten zugute kamen.

Das Unternehmen hatte seinen Vorteil. Und wichtige Vorstellungen der Bewohner setzten sich weitgehend durch: keine oder bei der Zusammenlegung von Wohnungen nur geringstmögliche Veränderungen der Grundrisse, Erhaltung des äußeren Erscheinungsbildes (einschließlich Sprossenfenstern und Dachpfannen), Erhaltung der Ställe (einschließlich Schweinekoben), Wohnweg und Anordnungen der Gärten, individuelle Betreuung der Mieter, Eingehen auf ihre familiäre Situation, Engagement von Sozialarchitekten und vieles mehr. Ich beurteile dies so positiv von einer Position aus, die im Prinzip gegen Partnerschaftsideologien mißtrauisch ist. Und ihn vielen Bereichen üble Erfahrungen gemacht hat. Aber im beschriebenen Fall war - aufgrund der Voraussetzungen - dies Resultat günstig.

Es sollte Grund zum Nachdenken geben. These: die Marktmechanismen für große Wohnungsgesellschaften, wie sie z. B. im Ruhrgebiet agieren, haben keineswegs die oft beschriebene lineare Zwangsläufigkeit, wenn sie mit großem Druck, Entschiedenheit und

angeeigneter Sachkunde herausgefordert werden. Verhandlungsspielräume sind oft ungenutzt bzw. müssen erarbeitet werden.

Die Kleine technische Kommission.

Rasch erwies sich, daß die Große technische Kommission lediglich für bestimmte Grundsatzentscheidungen brauchbar war. Für detaillierte Fragen hatte sie zu viele sachlich uninteressierte Mitglieder, die eigentlich nur aus Gründen des Status und meist fiktiver Macht oder Protokoll dabei sein wollten.

Aufschlußreich ist, daß die Arbeiter selbst stets das Interesse hatten, sich einzuarbeiten. Aber ein Teil der Statusträger hatte das offensichtlich entweder nie gelernt oder wieder verlernt. Oder fand es im Gefühl der Macht "überflüssig", sich sachkundig zu machen. Diese Erfahrung haben wir nun seit nunmehr neun Jahren in der Wohnungsfrage im Ruhrgebiet mit Politikern und leitenden Verwaltungsbeamten. Das Problem der Sachkunde lag in drei Ebenen, in denen alle zu lernen hatten: Im Bereich des sozialen Wissens, technischer Lösungen und im Bereich wirtschaftlicher Fragen. Aufgabe war es, Lösungen zu finden, die in allen drei Ebenen den unterschiedlichen Interessen so weit wie möglich entgegenkamen. In Grundsatzfragen konnte oft nicht vernünftig entschieden werden, wenn nicht zuerst in den genannten drei Bereichen Details erarbeitet waren.
